

Wir, die Unterzeichner, sind Mitglieder und Vertrauensleute von Einzelgewerkschaften des DGB, Mitglieder und Vorsitzende von Vertrauenskörperleitungen, Vorsitzende und Mitglieder von Betriebs- und Personalräten von folgenden Betrieben und Verwaltungen im Lande Bremen, darunter u.a.:

Vereinigte Flugtechnische Werke, Daimler Benz, Thiele, Hapag Lloyd, Klöckner Werke, Bremer Tageszeitungen (Weser-Kurier, Bremer Nachrichten), Bremer Werkzeug- und Maschinenfabrik, Jugendamt, Sozialamt, Seebeck-Werft Bremerhaven, Betriebe des Groß-, Außen- und Einzelhandels, Banken, Versicherungen und Schulen.

Erstunterzeichner:

Karl Rass, Uwe Neuhaus, Petra Richter, Lutz Scholze, Johann Dahnken, Ingrid Silberborth, Peter Bohrer, Heinrich Brinkmann, Rainer Großler, Peter Zimmermann, Harm Ehmke, Marion Pokorny, Wilfried Wilhelm, Manfred Fittkau, Jürgen Schumann, Claus Wessels, Jürgen Drieling, Ferdinand Kammering, Winfried Lemdche, Kurt Müller, Harald Rücker, Heiko Taucke, Klaus Hentscher, Bernd Lehmann, Heiaz Blesemeier, Frieda Schütz, Jürgen Amstein, Rainer Schüter, Rolf Kampmeyer, Siegfried Böller, Jürgen Söncksen, Monika Freers, Reiner Wienberg, Hans-Joachim Bohling, Jutta Rohr, Gabi Pockelwald, Petra Kreitz, Ronald Raffke, Jutta Zwicker, Wolfgang Richter, Helmut Zachau, Edmund Dinger, Christian Allnoch, Holger Pflaumbaum, Hans-Jürgen Schories, Dieter Seidel, Gerd Ritz, Bernd Fischer, Hans-Günter Schwalm, Fred Hoppe, Lür Koch, Jens Follstich, Wolfgang Schonert, Margret Kuhlmann, Marlies Taucke, Eise Esselborn, Gerhard Janetzek, Wilfried Schoppe, Peter Sörgel, Dieter Reinken, Robert Nilbradt, Gerhard Balko, Horst Meyerholz, Wolfgang Flohr, Rolf Giese, Christiane Woltersdorff, Hans Fritsche, Dieter Hüfker, Werner Wilcke, Werner Roschig, Thomas Malkowski, Karl-Hinrich Wege, Gustav Ziemann, Christian Küttner, Michael Breidbach

— Unterzeichner werden zu künftigen Treffen eingeladen —

<u>Unterschriften:</u>			
Name, Vorname:	Betrieb:	Anschrift:	Tel.Nr.

v.i.s.d.P.: D.Reinken, Freiburger Str. 27, Bremen

# ERKLÄRUNG

## zur politischen Lage

1 JAHR VOR DER BÜRGERSCHAFTSWAHL 1983

In verschiedenen Pressemeldungen wurde in den vergangenen Wochen über die Vorbereitung zu den Bürgerschaftswahlen 1983 berichtet. Dabei wurde auch über die Beteiligung von Betriebsräten an grünen oder alternativen Listen spekuliert. Es wurde viel über uns geredet, aber nicht mit uns. Wir Bremer Gewerkschafter aus verschiedenen Bereichen melden uns jetzt zu Wort.



# ERKLÄRUNG

## zur politischen Lage

- 27.000 Arbeitslose im Lande Bremen
- 500 Entlassungen beim Vulkan
- 180 Entlassungen bei der AG Weser
- 300 Entlassungen bei Brinkmann
- 300 Entlassungen durch Schließung des Kaufhofes
- Kurzarbeit bei Klöckner, Siemens und anderen
- Schließung von Nordmende in Bremerhaven
- ungesicherte Zukunft bei VFW, Schichau Bremerhaven
- Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst
- Einführung von 3-Schicht-Arbeit in den Bremerhavener Häfen

Das ist die Lage, mit der die Beschäftigten im Lande Bremen konfrontiert werden.

Bremen schiebt sich immer mehr in eine Spitzenposition von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau.

Damit finden wir uns nicht ab! Wir werden mit unseren Kollegen nach Möglichkeiten und Formen aktiver Unterstützung für die von Entlassung und Kurzarbeit bedrohten Arbeiter und Angestellten suchen, denn sie brauchen die Unterstützung aller im Kampf um ihre Arbeitsplätze.

Tagtäglich erleben wir in den Betrieben und in der Gewerkschaftsarbeit, daß die Angriffe auf unseren sozialen Besitzstand zunehmen. Sozialpolitische Errungenschaften der Gewerkschaften werden schrittweise abgebaut. Ob es um die Krankenversorgung geht oder um das Bildungswesen, um das Arbeitsrecht, um die Renten oder Arbeitslosenversicherung, die Berufsausbildungschancen der Jugend, die Mittel für Freizeit und Weiterbildung - überall wird der soziale Besitz der Arbeiter und Angestellten demontiert, das soziale Netz zerrissen. Nicht nur im Bund - auch im Lande Bremen.

Die im sozialen Bereich "eingesparten" Mittel werden umverteilt, als Subventionen in die Taschen der Unternehmer, vom Sozial- in den Rüstungshaushalt.

Die SPD hat in ihrer Regierungszeit bewiesen, daß sie die Kraft, die politische Auseinandersetzung mit dem Unternehmerlager zu führen, nicht aufbringt. Das sozial-liberale Bündnis hat mit Argumenten von "Sachzwang" und "Gesamtverantwortung" vertuscht, daß mit seiner Hilfe die Wirtschaftskrise zu einer Umverteilung zugunsten der Unternehmer und Selbständigen und zu Lasten der Arbeiter und Angestellten genutzt wird. Der Zerfall der SPD-FDP-Koalition und die CDU/CSU-FDP-Regierung lassen uns erwarten, daß die Unternehmer ihre Ziele noch entschlossener durchsetzen.

Angesichts der ökonomischen Krise und der verheerenden Arbeitslosigkeit ist es deshalb unsere Aufgabe, gemeinsam mit den Kollegen in den Betrieben und den Arbeitslosen die erkämpften sozialen Rechte gegen die Unternehmer und ihre politischen Sachwalter zu verteidigen.

Wir sind uns der Notwendigkeit einer politischen Opposition gegen die etablierten Parteien bewußt. Wir halten es für notwendig, daß wieder Vertreter in die Bürgerschaft kommen, die die Probleme der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben zur Sprache bringen, damit Enttäuschung und Resignation nicht zur Stärkung der CDU führen.

Die Interessen der abhängig Beschäftigten können nicht von außerhalb der Betriebe stehenden Personen oder Parteien stellvertretend durchgesetzt werden. Von den Betroffenen selbst müssen Forderungen und Alternativen formuliert werden.

weder die jetzt wieder von der SPD im Munde geführten radikalen Reden noch die Einordnung unserer Probleme als "4. Standbein" bei den Grünen kann den notwendigen Widerstand organisieren.

Es ist unsere Aufgabe, für eine "Wende" im Interesse der Arbeiter und Angestellten einzutreten:

- für eine Wirtschaftspolitik, die nicht an den Profitinteressen der Unternehmer ausgerichtet ist, sondern an den Bedürfnissen der Produzierenden;
- für eine Sozialpolitik, die sich an den Interessen der Betroffenen orientiert und nicht unter dem Mantel der "Selbstverantwortung" den Abbau betreibt;
- für eine Umweltpolitik, die die Grundlagen unseres Lebens sichert;
- für eine Friedenspolitik, die verhindert, daß die Bundesrepublik zum Schauplatz von Kriegen wird.

Wir glauben, daß eine Zersplitterung dieser gemeinsamen Forderungen und Interessen den etablierten Parteien nur nützen kann. Wir halten ein breites Bündnis aller politischen Kräfte, die sich um diese Fragen organisieren, für erforderlich.

Über diese Aufgaben werden wir mit unseren Kollegen diskutieren.